

ASBOK

06.11.24

Antwort zur AfD Anfrage zum Thema „Gendersprache“

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses,

mein Name ist Jason Hermühlen und ich sitze hier unter Ihnen als sachkundiger Einwohner unserer schönen Stadt, der für Vielfalt und Offenheit eintritt.

Entgegen der aus der Anfrage zu lesenden Haltung zum Thema Gendern, möchte ich Ihnen mitteilen und betonen, dass die Einführung gendergerechter Sprache nicht nur ein sehr fortschrittlicher Schritt für Eberswalde wäre, sondern vielmehr ein Zeichen, dass unsere Stadt Vielfalt und Offenheit ernst nimmt. Sie bringen in Ihrer Anfrage einige Studien und Beispiele ein, das tue ich natürlich auch sehr gerne, um der Argumentation gerecht zu werden. Ihre Behauptung, ich zitiere, „Sämtliche Vereine zur Pflege der deutschen Sprache lehnen die Gendersprache ab.“ Ist schlichtweg falsch.

Ja, es gibt kritische Stimmen aus Sprachvereinen, aber viele wissenschaftliche und gesellschaftliche Institutionen, wie das Leibniz-Institut für Deutsche Sprache vor nur einem Monat, zeigen mit ihren Studien, dass gendergerechte Sprache Menschen sichtbarer macht und das Zugehörigkeitsgefühl stärkt. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen empfiehlt gendergerechte Sprache, da sie die Gleichberechtigung fördert und allen Bürger*innen die gleiche Anerkennung zusichert. Warum also sollten wir diese Erkenntnisse ignorieren oder leugnen, wenn wir in Eberswalde ein modernes Umfeld schaffen wollen? Oder wollen sie das vielleicht gar nicht Herr Mykolaszek/ liebe AfD Fraktion?

Die Städte Hannover und Freiburg machen es uns vor: Beide haben gendergerechte Sprache eingeführt und damit nicht nur das Image als weltoffene, moderne Städte gestärkt, sondern auch ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandorte gesteigert. Diese Städte binden damit gezielt junge Menschen und zukunftsorientierte Unternehmen an sich, welche Diversität und Gleichberechtigung wertschätzen. Beide Städte ziehen im Übrigen außerordentlich positive

Schlussfolgen aus ihren Beschlüssen! Für Eberswalde bietet das die Chance, junge Leute und Unternehmen zu halten, die andernfalls nach Berlin oder in andere Großstädte abwandern könnten. Im Gegenteil, Eberswalde könnte ihr Image als zukunftsorientierte Stadt weiter bestärken und mehr innovative Unternehmen und junge Menschen von außerhalb anziehen.

Zur Behauptung der AfD Fraktion, gendergerechte Sprache verursache „unvertretbaren Verwaltungsaufwand“: Der Deutsche Städtetag und auch die Bertelsmann Stiftung belegen beide, dass gendergerechte Sprache mit wenig Mehraufwand umgesetzt werden kann, und dass einfache Schulungen der Mitarbeitenden ausreichen. Der hohe „Verwaltungsaufwand“ scheint also eher eine weitere von Ihnen ausgedachte Sorge zu sein. Lenkt Ihre Sorge nicht möglicherweise von dem tatsächlichen Aufwand ab, den die wiederholten, destruktiven und oft kleinteiligen Anfragen der AfD Fraktion der Verwaltung verursachen? Vielleicht kann uns die Verwaltung bei Gelegenheit mitteilen wie viele Arbeitsstunden in die Beantwortung fließen und ob diese nicht in der Bearbeitung der anderen Verwaltungsaufgaben besser aufgehoben wären.

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses, ich möchte am Schluss betonen, dass ich nicht erwarte, dass Gendern in Eberswalde zur Pflicht wird, auch wenn ich eine Empfehlung zum Gendern Seitens der Stadt sehr begrüßen würde! Ein Verbot, wie von der AfD befürwortet, darf aber auf keinen Fall zur Debatte stehen. Solche Verbote lassen Eberswalde definitiv als wenig zukunftsorientiert dastehen und lassen uns weit hinter gesellschaftliche Entwicklungen zurückwerfen. Ich frage Sie also, ist es das, was wir hier anstreben wollen? Oder wollen wir nicht vielmehr gemeinsam ein zukunftsorientiertes Eberswalde für alle Eberswalder*innen gestalten?

Vielen Dank.